

BULLETIN

NUMMER 3 | SEPTEMBER 2023



- * 3 Editorial - Jede Stimme zählt *
- * 6 Pflegenotstand - Büro statt Patient*in *
- * 8 Junge Alternative - Die Reuss-Revolution *
- * 10 Kundgebung - Klimademo ganz gross *
- * 16 Flucht - Geschlossen *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Jede Stimme zählt

4 Nationalrat

Wohnungsnot

6 Pflegenotstand

Büro statt Patient*in

8 Junge Alternative

Die Reuss-Revolution

10 Kundgebung

Klimademo ganz gross

12 Kantonsrat

Zügelst du schon?

14 Finanzplatz

Kriege finanzieren

16 Flucht

Geschlossen

18 Grüne Schweiz

Grün gegründet 2

21 Wahlen

Das Wahlsystem

22 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Genderstern (*)

Für die Darstellung gerechter Geschlechterverhältnisse und eine fortschrittliche Abbildung der gesellschaftlichen Realität möchte das BULLETIN eine gendergerechte Sprache verfolgen. Heute gibt es viele Möglichkeiten, Sprache zu gestalten, so dass die Gleichstellung der Geschlechter und die vielen und variablen Geschlechtsidentitäten sichergestellt werden. Die Autor*innen der Beiträge im BULLETIN wählen die Form der Schreibweise selber, die Redaktion verwendet den Genderstern.

Titelbild

Umschlagsbild: Wahlkampagne – Herausforderung im Sekretariat!

Korrigendum

Im letzten BULLETIN hat sich leider ein Fehler eingeschlichen, genau genommen ist es ein Komma, welches rausgeschlichen ist:

Seite 9

Von 1975 bis 2022 exportierte die Schweiz für 21,755 Milliarden Franken Kriegsmaterial, nicht für 21755 Milliarden.

Jede Stimme zählt

Delia Meier und Julia Küng, Gemeinderätinnen (GGR) Alternative – die Grünen

Als wir am Wahlsonntag des vergangenen Jahres beide (zusammen!) in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gewählt wurden, weinten wir nicht aus Freude, sondern aus Frust über das enttäuschende Ergebnis der Regierungsratswahlen. Erst mit der Zeit kamen dann die Freude und der Respekt vor dieser grossen Aufgabe, die uns die Zuger Stimmbevölkerung anvertraut hat. Für unsere je 21 Jahre brachten wir beide einen prall gefüllten Politricksack mit, doch die Wahl in die Legislative bedeutete für uns einen Wechsel der Polit-Ebene: Von häufig national ausgerichteteter und ausserparlamentarischer Jungparteien- und Bewegungspolitik auf die ganz konkrete Bühne des Stadtparlaments.

Seit unserem Amtsantritt im Januar hat uns diese Bühne schon viel beigebracht, uns zum Verzweifeln, aber auch zum Lachen gebracht. Denn wer einen Sinn für Situationskomik hat, erlebt im Grossen Gemeinderat erstklassiges Kabarett: sei es beim Verlesen von SVP-Vorstössen, die nicht nur zeilen-, sondern abschnittslange Titel tragen, wenn die einzige Mehrheit, die wir in einer Rats-sitzung haben, beim Entscheid um Sitzungsabbruch kurz vor 23 Uhr ist oder wenn Patrick Steinle einleitend zur Diskussion über die Vogelvoliere seine Interessenbindung offenlegt mit «manchmal heisst es, ich hätte einen Vogel». Doch natürlich sind wir nicht zum Vergnügen gewählt – wir nehmen unsere Aufgabe sehr ernst. Schliesslich hat die Welt und auch die Stadt Zug genug Krisen zu meistern. Wir wollen die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, das Ende aller Diskriminierungsformen und ein gutes Leben für alle. Im Rat abgestimmt wird über Buslinien, Bebauungspläne und Budgets. So ist die Legislativarbeit



natürlich sehr lokal und konkret, und doch könnte explizit die Stadt Zug auch einen wichtigen Beitrag leisten zu unseren grossen Visionen. Denn würde die reiche Stadt Zug ihr Geld für die Menschen hier und anderswo ausgeben, statt es anzuhäufen wie Dagobert Duck, könnten wir sehr viel gewinnen. So wissen wir doch ganz genau: Die Politik, die wir im Tiefsteuerparadies Zug machen, hat globale Auswirkungen. Und das Brisante an der Zuger Stadtpolitik waren noch nie die Parkplätze. Trotzdem kämpfen wir gegen jede Parkplatzerweiterung und sind überzeugt, dass bei der anstehenden Ortsplanungsrevision wichtige Weichen gestellt werden können: sei es für das Klima und die Lebensqualität, aber auch für die Inklusion und Durchmischung unserer Stadt. Das Frustrierende ist nur, egal wie wir auch verhandeln und kommentieren, für die wirklich entscheidenden Veränderungen fehlen uns im GGR die Mehrheiten. Umso erfreulicher war es, als die

städtische Stimmbevölkerung diesen Juni dank 34 entscheidenden Stimmen die Initiative für mehr bezahlbaren Wohnraum annahm. Einerseits weil es zeigt, dass die Zuger*innen genug haben vom neoliberalen Kurs des Stadtrats, andererseits wird uns dieses Abstimmungsergebnis im GGR sehr konkret in unserem Kampf für bezahlbaren Wohnraum unterstützen, für den wir im Rat keine Mehrheiten haben (obwohl es das Wahlversprechen aller Parteien war). Ausserdem sehen wir an diesem knappen Ergebnis, was wir auch im Rat immer wieder erleben: Jede Stimme zählt! Denn ohne linksgrüne Mehrheiten bleiben unsere guten Ideen eben nur Ideen. Genau deshalb stecken wir aktuell genauso viel Energie in den Nationalratswahlkampf wie in unsere parlamentarische Arbeit. Denn jede einzelne linksgrüne Stimme in Bundesbern bedeutet eine entscheidende Stimme mehr für konkrete Schritte in Richtung Klimaschutz, Gleichstellung und Gerechtigkeit. ■

Wohnungsnot

Manuela Weichelt, Nationalrätin Alternative – die Grünen

4 Die Lage auf dem Wohnungsmarkt spitzt sich zu. Es fehlt an preisgünstigem Wohnraum. Die Mieten sind in den letzten 13 Jahren um einen Drittel gestiegen, obwohl sich der Referenzzinssatz halbiert hat. Wir haben es in der Hand, die Wohnungsnot zu lindern. Preisgünstiger Wohnraum ist insbesondere gemeinnütziger Wohnraum. Die Nachfrage nach genossenschaftlichem Wohnungsbau ist sehr hoch, das Angebot mit nicht einmal fünf Prozent sehr tief.

Wir sind so weit, dass selbst Personen, die in Zug aufgewachsen und verankert sind, mangels zahlbaren Wohnraums wegziehen müs-

süti, Gisikon, Root und Luzern. Die Zuger Zeitung hat am 22. Juli eine Analyse bezüglich des Ausmasses dieser Wohnflucht gemacht.



sen. Gemäss Homegate kann eine 7-Zimmer-Wohnung für CHF 25 000, eine 3½-Zimmer-Wohnung für CHF 5935 oder ein Studio für CHF 5301 pro Monat gemietet werden. Kein Wunder, treibt es jedes Jahr mehrere tausend Zuger*innen über die Kantonsgrenze in benachbarte Gemeinden, nach Arth, Küssnacht, Ingenbohl, Sattel, Rothenthurm, Knonau, Hausen a.A., Mettmenstetten, Ober-

Mietpreise

Der Kanton Zug hat die höchsten Durchschnittsmietpreise sowie den geringsten Leerwohnungsbestand. Preisgünstiger Wohnraum ist insbesondere gemeinnütziger Wohnraum. Vergleicht man die Mietpreise der gemeinnützigen und der gewinnorientierten Wohnungen, ist die Differenz riesig. Gemeinnützige Wohnungen sind nicht nur günstiger, sie

bleiben es auch. Und es ist eigentlich paradox: Obwohl die Nachfrage nach genossenschaftlichen Wohnungen sehr hoch ist, viel höher als das Angebot, und obwohl der gemeinnützige Wohnungsbau diverse gesellschaftliche Mehrwerte bietet, ist der Anteil an gemeinnützigem Wohnungsbau sehr tief: Nicht einmal fünf Prozent des Wohnungsmarktes sind gemeinnützig.

Die Quadratmeterpreise wurden in den letzten 20 Jahren bei nicht gemeinnützigen 3-Zimmer-Wohnungen um 32 Prozent teurer (Zahlen Stadt Zürich). Bei den gemeinnützigen Bauträger*innen betrug der Preisanstieg lediglich 11 Prozent. Auch bei Neubauwohnungen sind die Preisunterschiede deutlich.

Warum ist das so? Genossenschaften verzichten auf Gewinnstreben. Sie wenden die Kostenmiete an, d.h. sie verrechnen als Miete nur die effektiven Kosten plus Rückstellungen. Darum sind sie so viel günstiger. Der Bau von mehr gemeinnützigen Wohnungen wäre also ein probates Mittel für mehr preisgünstigen Wohnraum.

Flächenbedarf

Die Wohnfläche pro Person ist massiv gestiegen. 1970 betrug die durchschnittliche Wohnfläche pro Person circa 27m², heute sind wir bei 47m² pro Kopf – Tendenz immer noch steigend.

In Genossenschaftswohnungen ist das nicht so. Genossenschaftsbewohner*innen verbrauchen durchschnittlich nur 36m² Wohnfläche pro Person. Also 11m² weniger als der Schweizer Durchschnitt.

Warum ist das so? Es gibt verschiedene Gründe: Erstens: Die meisten Genossenschaften wenden Belegungsvorschriften an. Weiter sind Genossenschaftswohnungen nicht nur besser belegt, sie sind tendenziell auch kleiner geschnitten. Immer mehr Genossenschaften setzen auf weniger privaten Raum, dafür auf mehr Räume, die man gemeinsam nutzen

kann. Und drittens: Genossenschaften bauen tendenziell dichte Siedlungen. Das löst nicht nur das Platzproblem, sondern ist auch ökologischer.

Klimaneutral

Es braucht auch mehr gemeinnützigen Wohnraum, weil wir auch beim Wohnen klimaneutral werden müssen. Die Erstellung, der Betrieb und der Rückbau von Gebäuden sind für 40 Prozent des CO₂-Ausstosses und für einen enormen Ressourcenverbrauch verantwortlich. Genossenschaften sind Pionierinnen für nachhaltiges Bauen und Wohnen.

Neue Wohnkonzepte

Weiter braucht es mehr gemeinnützigen Wohnungsbau, weil wir neue Wohnkonzepte brauchen. Die Gesellschaft verändert sich. Wir werden älter, unser Lebensstil individueller. Es braucht neue Formen des Wohnens und des Zusammenlebens, z.B. für das Wohnen im Alter, aber auch für gemeinschaftliches Wohnen, das Teilen von Räumen und Ressourcen, das Verbinden von Wohnen und Arbeiten. Genossenschaften orientieren sich an den Bedürfnissen der Menschen und gehen auf gesellschaftliche Veränderungen ein. Mit innovativen Leuchtturmprojekten setzen sie neue Standards. Genossenschaftliche Projekte werden denn auch überdurchschnittlich oft mit Auszeichnungen und Architekturpreisen geehrt. Auch hier gilt: Solange die Rendite im Vordergrund steht, werden wir nicht die Wohnkonzepte erhalten, die wir brauchen.

Es ist Zeit zu handeln

Die meisten Gemeinden verfügen über keine oder nur geringe Baulandreserven. Das schränkt ihren Handlungsspielraum ein. Hätten die Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücke, die sich für den gemeinnützigen Wohnungsbau eignen, würden sie frühzeitig von deren Verfügbarkeit erfahren und könnten diese Grund-



stücke kaufen. Die Alternativen – die Grünen bereiten einen entsprechenden Antrag im Kantonsrat vor, damit die Gemeinden in Zukunft eine gesetzliche Grundlage haben. Damit das Vorkaufsrecht kein zahnloses Instrument bleibt, müssen die Gemeinden das Werkzeug auch anwenden können. Denn Tatsache ist, dass viele Liegenschaften und Grundstücke zu Preisen verkauft werden, die für Gemeinden nicht erschwinglich sind. Deshalb brauchen Kanton und Gemeinden zusätzlich eine finanzielle Unterstützung. Die Alternativen – die Grünen haben diesen Sommer einen entsprechenden Vorstoss im Kantonsrat eingereicht für die Äufnung eines kantonalen Fonds für den Landkauf. Der Fonds soll so lange mit jährlich 35 Mio. Franken gespiesen werden, bis der Anteil des gemeinnützigen Sektors am Mietwohnungsangebot mindestens 20 Prozent beträgt. Der Mangel an bezahlbaren Wohnungen ist akut und es müssen schnell Massnahmen getroffen werden! Bravo Alternativen – die Grünen! ■

Wahlen 2023

Manuela Weichelt wird das Thema «Wohnkosten» auch auf Bundesebene weiter vertreten, wenn wir sie wieder als Zuger Nationalrätin oder Ständerätin wählen!



Büro statt Patient*in

Oliviero Reusser, Mitarbeiter vsao

6 Die Veröffentlichung der Resultate einer Mitgliederumfrage des vsao (Verband Schweizer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte) anfangs dieses Jahres schlug hohe Wellen. Die repräsentative Umfrage unter Assistenz- und Oberärzt*innen der ganzen Schweiz hat klar gezeigt, dass nicht nur in der Pflege, sondern auch in der Ärzteschaft die Situation sehr angespannt ist.

Es gibt zahlreiche Herausforderungen im Gesundheitswesen allgemein und spezifischer bei den Spitalärzt*innen: überbordende Bürokratie, gestiegene Anforderungen der Patient*innen, komplexere Krankheitsbilder, alternde Bevölkerung und weiteres. Ein grundlegender Dauerbrenner ist dabei die Einhaltung des Arbeitsgesetzes. Wie die Umfrage des vsao zeigt, wird dieses bei einer Mehrheit der Spitalärzt*innen nicht eingehalten. Der häufigste Verstoss geschieht bei der Überschreitung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von 50 Stunden oder der Akkumulation von Überzeit in einem Jahr von über 140 Stunden.

Es ist klar, dass der Arbeitsalltag im Spital von Unvorhersehbarem und unplanbaren Notfällen stark beeinflusst wird. Umso wichtiger ist es darum, bei der Planung genügend Puffer einzubauen und eine gute Dienstplanung zu haben. Dies ist jedoch gar nicht so einfach. In der Praxis wird dies dadurch erkennbar, dass jedes Spital andere Prozesse und Systeme dazu anwendet, teilweise gibt es sogar Unterschiede innerhalb eines Spitals, von Klinik zu Klinik. Auch die Zuständigkeiten sind sehr unterschiedlich: In gewissen Spitalern wird diese Planung durch die Personalabteilung erledigt, in anderen durch die Chefärzte, in anderen tun dies sogar die Assistenzärzt*innen (AA) direkt selber – auch in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit!

Weiterbildung obligatorisch

Für eine gute Dienstplanung ist ein vertieftes Verständnis des Arbeits-

gesetzes unabdinglich. Leider ist dieses Wissen bei vielen Dienstplaner*innen nicht in ausreichendem Ausmass vorhanden. Gemäss Arbeitsgesetz beträgt die wöchentliche Höchstarbeitszeit 50 Stunden – nur im Ausnahmefall darf darüber hinaus gearbeitet werden. Der vsao schlägt dazu die 42+4h-Woche vor. Dabei werden die Assistenzärzt*innen – neben der Pflege die grösste Berufsgruppe im Spital – bei einem 100 Prozent-Vertrag für 42 Stunden Arbeitszeit, also Dienstleistungen rund um die Patientenbetreuung, eingeplant. Zusätzlich dazu werden pro Woche 4 Stunden strukturierte Weiterbildung eingeplant. Dies ist der Kern der Sache: AA befinden sich grundsätzlich in Ausbildung und müssen sie auch erhalten. Diese ist gesetzlich vorgeschrieben und gilt als Arbeitszeit. Erhalten die AA über ihre Berufstätigkeit nicht genug Weiterbildungen, wird der Abschluss ihrer Ausbildung und die Erreichung ihres Facharztstitels verzögert. Im schlimmsten Fall müssen diese ein zusätzliches Jahr als AA arbeiten.

In der Praxis ist die Umsetzung dieses Systems natürlich je nach Ausgangslage komplizierter. Es liegt jedoch in der Pflicht der Arbeitgeber, eine gute Dienstplanung umzusetzen und illegale Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Dafür ist es jedoch auch notwendig, bisher vernachlässigte Optimierungen von Prozessen und Systemen in den Spitalern ernsthaft anzupacken. Während in den vergangenen Jahren ein – in vielen Fällen auch gerechtfertigter – Fokus auf Neu- und Umbauten, Arbeitskräftegewinnung und Marketing gelegt wurde,

wurden Investitionen in schlanke Prozesse und smarte IT-Systeme vernachlässigt.

Digitalisierung verpasst?

Diese Probleme sind zu einem grossen Teil systembedingt, aber oftmals auch hausgemacht. In der Pandemie wurde in der Öffentlichkeit breit bekannt, in welchem Ausmass das Gesundheitswesen eine Modernisierung und Digitalisierung verpasst hatte: Plötzlich war die Datenübertragung abhängig von altmodischen Faxgeräten. Noch heute müssen Anmeldungen zu Röntgen oder Spezialuntersuchungen auch in den grössten Spitalern des Landes per Fax gemacht werden, gefolgt vom obligaten Anruf, das Fax sei gesendet worden. Glücklicherweise betrifft dies in der Realität nur eine klare Minderheit der Spitäler, auch im Kantonsspital Zug gehört dieser Teil der Geschichte den Archiven an – die Fax-Geräte gibt es zwar noch, sie werden aber kaum verwendet.

Ein weiteres klassisches Beispiel ist Inkompatibilität von klinischen Informationssystemen, die konkret zu zahlreichen kreativen Lösungen führt. In gewissen Fällen muss von einer Klinik zur anderen (im selben Spital) ein Scan oder PDF per Mail gesendet werden – diese Daten müssen dann abgetippt werden, eine Einlese funktioniert nicht. Spracherkennungssysteme, mit denen Texte diktiert werden könnten, finden nur langsam Einsatz. In anderen Fällen geht es am gleichen Computer schon nicht: Da Copy-and-paste nicht funktioniert, ist das einfachste Vorgehen, den Bildschirm mit dem Handy abzufotografieren, dann ins andere System zu wechseln und anschliessend die Informationen neu einzugeben. Zum Glück gibt es auch «nicht-technische» Lösungen: Die Dokumente können auch per Hand und Spaziergang überbracht werden, was in grösseren Häusern aber bis zu 10 Minuten dauern kann. Zum Glück



Der Gewinn des Kantonsspital Zug betrug 2022 fast 3 Millionen Franken.

werden solche Arbeiten immer öfters an Klinikassistent*innen delegiert, wodurch die Ärzteschaft entlastet wird.

Frustrierende Bürokratie

Das Gesundheitswesen besteht aus zahlreichen verschiedenen Berufsgruppen und Playern, die für eine effiziente Arbeit eng koordiniert vorgehen müssen. Dass wir davon weit entfernt sind, zeigt sich nicht nur auf der politischen Ebene, sondern auch im Spitalalltag. Beim vsao ist dabei die Doppelerfassung der Medikamente durch Pflege und Ärzteschaft das berüchtigtste Beispiel: Im absoluten Grossteil der Spitäler müssen bereits verordnete Medikamente entweder auf Papier oder in der Station auf einem System nochmals erfasst werden, oftmals von Hand. Ein weiterer grosser Frustrationstreiber sind dabei die Krankenkassen. Die CEOs der Kassen rühmen sich gerne damit, dass ihre Rücksprachen bei den Ärzt*innen zu Einsparungen für die Prämienzahler*innen in Millionenhöhe führten. Dafür fragen die

Krankenkassen bei den abrechnenden Ärzt*innen nach Präzisierungen oder nehmen Nachkontrollen vor. Dies ist im Grundsatz zwar ein guter Prozess im Interesse von bezahlbaren Prämien. Für die Ärzt*innen ist dies jedoch eine frustrierende Bürokratie. Sowieso wäre es interessant, in die Daten zu sehen, wie viele dieser Rückfragen zu Einsparungen führen und wie viele nicht. Eine erste Auswertung von Rückmeldungen aus der Ärzteschaft legt nahe, dass mehr als die Hälfte dieser Rückfragen als unnötig erachtet werden. Konkrete Beispiele sind dabei sehr verwunderlich: Ein guter Teil dieser Anfragen betrifft z.B. ausserkantonale Behandlungen, um die sich eine Ärzt*in persönlich kümmern muss.

Wer nun denkt: Huch, die Ärzt*innen sind ja kaum beim Patienten! – ja, das ist so. Studien haben gezeigt, dass Assistenzärzt*innen an normalen Arbeitstagen zwischen 30 und 120 Minuten bei den zu behandelnden Personen selber sind und den Rest der Zeit mit Bürokratie und Dokumentation verbringen.

Hängige Interpellation in Zug

Dass die Gesundheitsversorgung sich bereits deutlich davon entfernt hat, den Menschen ins Zentrum zu stellen, zeigt auch folgende Anekdote aus dem Kantonsspital Zug: Um eine möglichst effiziente Bezahlung sicherzustellen, gibt es eigene Stellen für «Codier-Experten», welche die Abrechnung der Ärzt*innen kontrollieren. Dadurch wird sichergestellt, dass bei jeder Bezahlung durch die Krankenkasse jede Behandlung, jedes Prozent noch deklariert wird, um den Ertrag für das Spital zu steigern. Konkret führt dies zu Überversorgung, unnötigen Behandlungen und Aufrundungen im Promillebereich. Im Geschäftsbericht sieht das gut aus: Der Gewinn betrug 2022 fast 3 Millionen Franken. Im Kantonsrat ist eine Interpellation von ALG-Kantonsrat Andreas Lustenberger zu den Arbeitsbedingungen der Ärzteschaft im Kantonsspital Zug hängig. Vielleicht wären die Bürokratie und Ineffizienz ein weiteres, spannendes Thema? ■

Die Reuss-Revolution

Dominic Zwysig, Junge Alternative Zug

8 Die Reuss erstreckt sich über eine Länge von 13 Kilometern entlang dem westlichen Rand des Kantons Zug. Im 19. Jahrhundert wurden die ersten erheblichen Eingriffe zur Kanalisierung der Reuss im Kanton vorgenommen. Nach den verheerenden Überschwemmungen der Reussebene in den Jahren 1910 und 1912 erfolgte eine umfassende Erneuerung der Flussverbauungen. Ein Hochwasserdamm wurde errichtet, um die Ebene vor Überflutungen zu schützen. Jedoch bewahrt dieser leider nicht nur die Gebäude vor dem Wasser, sondern auch die Auenwälder.

Für intakte Ökosysteme in der Reussebene wäre das regelmässige Hochwasser des Flusses zentral. Besonders bedauerlich ist die Schaffung des sogenannten «Binnenkanals», der im Buch von 1924 über die Zuger Reussverbauungen wie folgt beschrieben wurde: «Die Reussverbauung hatte wohltätige Folgen, die bei der Projektierung nicht einmal vorausgesehen wurden. Wir nennen da vor allem die weitgehende Entwässerung des Hinterlandes durch den Binnenkanal, die ohne irgendwelche weiteren Massnahmen eingetreten ist und bis nach Hagedorn hinaufreicht.» Seit 1850 sind etwa 90 Prozent der Schweizer Moorlandschaften wie diese trockengelegt worden. Das hat dazu geführt, dass Schweizer Moorlandschaften auf der roten Liste gefährdeter Lebensräume stehen. Diese wären jedoch wichtig, da in Feuchtgebieten 80 Prozent aller in der Schweiz lebenden Tier- und Pflanzenarten vorkommen. Sie sind also wahre Biodiversitätsparadiese. Symbolisch für ihren Rückgang ist das zeitweise Aussterben der Europäischen Sumpfschildkröte in der Schweiz, der einzigen hierzulande heimischen Schildkrötenart.

Die Biodiversität ist essenziell für das Ökosystem

Parallel zum Hochwasserdamm wurde der Fluss durch das Einsetzen von massiven Betonblöcken im Flussbett in ein enges Korsett gezwungen. Diese Betonstrukturen sind bis heute, wie beispielsweise in der Nähe der Mühlau-Brücke, sichtbar. Sie ver-

hindern das Bilden von Seitenarmen. Auf Karten aus dem 17. und 18. Jahrhundert ist gut dokumentiert, dass die Reuss im Kanton Zug viele Seitenarme hatte. Diese würden von verschiedensten Amphibien und Fischarten als Laichplätze genutzt. Durch den kontinuierlichen Wandel des mäandrierenden Flusses würden viele Lebensräume wiederhergestellt und so die Biodiversität gefördert. Die Biodiversität ist essenziell für die Widerstandsfähigkeit von Öko-

systemen bei Veränderungen wie dem Klimawandel, der zum Kollaps ganzer Ökosysteme führen kann und wird. Deshalb hat die UNO-Biodiversitätskonferenz in Montreal Ende 2022 beschlossen, dass bis zum Jahr 2030 30 Prozent der weltweiten Landfläche Naturgebiete sein sollen. Dies, um das derzeitige Artensterben zu bekämpfen, das grösste seit dem Verschwinden der Dinosaurier vor 65 Millionen Jahren.

Von Beton zu Biotopen: die Renaturierung als Chance

Hierfür bedarf es einer neuen Denkweise in Bezug auf die Reuss. Der Bau der Dämme hatte das Ziel, den Fluss schnellstmöglich aus dem Kanton zu leiten. Doch die aktuelle Reuss bietet ökologische Vorteile vergleichbar mit einem englischen Rasen. Es ist entscheidend, den Fluss als Chance für eine stark wahrnehmbare Steigerung



Die Karte aus dem 17. Jahrhundert zeigt die ursprüngliche Reuss mit vielen Seitenarmen: ein Paradies für Amphibien und andere Tiere. Quelle: Hans Konrad Gyger, Johann Meyer und Johann Georg Gyger. «Nova descriptio ditionis Tigurinae regionumque finitimarum = Neue Beschreibung der Landschaft Zürich», 1685.



Beton anstatt Biodiversität – so sehen die Reussverbauungen heute aus.

der Biodiversität im Kanton zu sehen. Daher sollten nur noch die wenigen Siedlungen und Bauernhöfe in der Reussebene weiterhin mit Schutzbauten vor dem Wasser geschützt werden, jeweils mit gewährleisteten Zufahrtswegen. Die gegenwärtigen Verbauungen sollten entfernt und der Binnenkanal mit dem Aushub der Dämme aufgefüllt werden. Eine beträchtliche Fläche von schätzungsweise 9 Quadratkilometern könnte durch die Aufhebung der Reussverbauungen renaturiert werden. Im Zuge der Sanierung im Jahr 2005 wurden lediglich 0,07 Quadratkilometer wiederhergestellt. Diese Kleinstfläche zeigt jedoch auf positive Weise, wie eine Renaturierung aussehen könnte. Während meines jüngsten Besuchs hatte ich sogar das Glück, einen Biber zu beobachten.

Der Verlust jener 9 Quadratkilometer landwirtschaftlicher Fläche kann bereits vollständig kompensiert werden, wenn rund 6000 Zuger*innen, also jede*r Zwanzigste, auf eine vegane Ernährung umsteigen. Denn die vegane Ernährung verbraucht durchschnittlich rund 75 Prozent weniger Fläche als eine fleischhaltige Ernährung. Es ist an der Zeit, die Reuss in ihre ursprüngliche Pracht zurückzusetzen. Make the Reuss great again! ■

Junge Alternative wählen!

Nicht zuletzt dank unserem Einsatz wählte der Kanton Zug bei den letzten Nationalratswahlen 2019 zum ersten Mal eine Frau nach Bundesbern. Dieses Jahr gilt es, den einzigen linken Sitz aus Zug zu halten! Deswegen kandidieren wir auch dieses Jahr für den Nationalrat, um die Wiederwahl von Manuela Weichelt (ALG) zu unterstützen. Dafür treten wir gleich mit zwei starken Listen an, um unsere Anliegen in Bundesbern einzubringen.

Auf den beiden Listen kandidieren: Malena Raud, Linus Heim, Julia Küng, Dominic Zwysig, Delia Meier und Elena Moczeko.



Klimademo ganz gross

Redaktion Bulletin

10

Die katastrophalen Auswirkungen der Klimakrise werden immer deutlicher sichtbar. Um das Pariser Klimaabkommen noch einhalten zu können, müssen wir jetzt handeln. Am 30. September 2023 findet in Bern (ab 14 Uhr) deshalb eine Grosskundgebung für Klimagerechtigkeit statt.

Viele Jahre lang versucht die Klimabewegung schon unsere Regierung, Schweizer Banken, klimazerstörerische Grosskonzerne und andere grosse Emittenten dazu zu bringen, effektive Klimaschutzmassnahmen zu ergreifen. Die Klimabewegung hat bei einigen zu einem Umdenken geführt. Mutige Menschen probieren neue Wege aus und in vielen Branchen werden klimaverträg-

liche Lösungen gesucht und gefunden. Doch es passiert noch viel zu wenig und die Zeit für vorsichtige Schritte ist abgelaufen! Nun wollen wir endlich Taten sehen. Wir werden laut sein, bis wir in einer klimagerechten Gesellschaft leben. Denn aufzugeben und nichts zu machen ist ein Privileg, das viele Menschen, die bereits heute unter der Klimakrise leiden, nicht haben.

Kommt bitte zahlreich und nehmt lautstark und kreativ an diesem Umzug teil. Die Fotos auf dieser Doppelseite sollen euch animieren, mit einem eigens gestalteten Plakat selber teilzunehmen. Wir brauchen dich, wir brauchen viele! Gross soll sie sein – die Demo! ■





Kein Verbot
Kein Verzicht
und die Letzte
löscht das Licht



Zügelst du schon?

Luzian Franzini, Kantonsrat Alternative – die Grünen

12

Wohnst du noch oder zügelst du schon? Das malerische Dörfchen Sins auf der Aargauer Seite der Reuss erlebte in den letzten Jahren eine bemerkenswerte Wachstumsphase. Auf dem Hügel, der einst Schlittelwiese für Kinder war, wird ein Haus nach dem anderen gebaut. Dieser Boom wird hauptsächlich durch den Zustrom von Personen aus dem Kanton Zug vorangetrieben, die Zuflucht vor den exorbitanten Wohnkosten suchen. Freiämter:innen sprechen bereits scherzhaft vom «Zuger Hügel».

Diese Anekdote wirft ein Licht auf den sozialen Verdrängungsprozess, der seit Jahrzehnten ungebremst voranschreitet. Aktuelle Daten, die von Wüest Partner analysiert und vom «Tages-Anzeiger» berichtet wurden, zeichnen ein empirisches Bild von der Wohnungsnot in Zug. Insbesondere die Nachfrage nach 4- und 4½-Zimmer-Wohnungen unterstreicht den starken Kontrast zwischen Zug und benachbarten Gemeinden wie Arth. Während in der Stadt Zug nur etwa 20 Prozent solcher Wohnungen für 2000 Franken oder weniger pro Monat gemietet werden konnten, fielen satte 75 Prozent der Mietangebote in Arth in dieses Budget.

Die hohen Immobilienpreise befeuern die Abwanderung

Eine nähere Untersuchung der offiziellen Zuger Immobilienstatistik zeigt, dass die Mietkosten für 4-Zimmer- und 5-Zimmer-Wohnungen in Zug seit 2010 erheblich gestiegen sind, mit einer deutlichen Steigerung von 8,1 bzw. 7,8 Prozent. Diese Zahlen beziehen sich auf bestehende Mietverträge, wobei die tatsächlichen Marktpreise für verfügbare Einheiten noch höher liegen. Ein schneller Besuch auf einem Immobilienportal bestätigt diese Ergebnisse: Eine 3½-Zimmer-Wohnung im Herti-Quartier kostet 2580 Franken, für eine 2-Zimmer-Wohnung in Cham werden 2700 Franken verlangt, eine 4½-Zimmer-Wohnung im Rötel kostet 5500 Fran-

ken und eine 3½-Zimmer-Wohnung am Stadtrand von Baar schlägt mit stolzen 3040 Franken zu Buche.

Wie Zahlen der Zuger Zeitung zeigen, verabschiedeten sich zwischen 2011 und 2021 insgesamt 36 000 Personen aus dem Kanton Zug, um in anderen Schweizer Gemeinden Fuss zu fassen. Ungefähr also eine Person pro Tag. Diese Zahl liegt nur 3000 unter der Anzahl der Neuzugänge im selben Zeitraum. Bemerkenswert ist, dass die Abwanderung von 36 000 Individuen nahezu einem Viertel der gesamten Zuger Bevölkerung entspricht. Doch bei genauerer Betrachtung dieses Migrationsgeschehens zeigt sich ein beachtlicher Aspekt – der mögliche Trend der Wohnungsflucht. Etwa ein Viertel derjenigen, die den Kanton Zug zwischen 2011 und 2021 verlassen haben, haben eine neue Bleibe in den umliegenden «Gürtel»-Gemeinden gefunden. Im Laufe der Jahre summiert sich dies auf mehr als 9300 Personen, was durchschnittlich rund 850 Einwohner:innen pro Jahr entspricht. Bemerkenswerte Ziele unter diesen Migrationen sind Küsnacht am Rigi, Arth und Knonau.

Besonders auffällig ist die Präferenz der Zuger Einwohner:innen, sich in nahegelegenen Gemeinden niederzulassen, um ihre Bindungen zum Kanton Zug aufrechtzuerhalten. Dieses Bestreben zeigt das tiefe menschliche Bedürfnis, in der Nähe seines sozialen Netzes zu leben. Dies stellt auch die herkömmliche

Annahme in Frage, dass diejenigen, die im Kanton bleiben, ausschliesslich finanziell privilegiert sind. Eine von der Crédit Suisse durchgeführte Studie zeigt tatsächlich, dass die Bevölkerung von Zug keine einfache wirtschaftliche Position innehat und im Hinblick auf die Kaufkraft landesweit den 21. Platz belegt.

Steuersenkung: definitiv das falsche Mittel

Anstatt Massnahmen gegen die Wohnungsnot zu ergreifen, verabschiedete der Zuger Kantonsrat jüngst eine Steuerpaket, welches die Attraktivität für Superreiche noch steigern soll. Die Abstimmung dazu findet am 28. November statt. Rund 130 Millionen Franken Steuerausfälle gehen vor allem zugunsten der Reichen, indem sie weniger Vermögens- und Einkommenssteuer bezahlen sollen. Besonders deplatziert ist die Vermögenssteuersenkung: 82,09 Prozent des Zuger Vermögens ist in den Händen von Millionär:innen.

Das vorgeschlagene Steuerreformpaket zielt darauf ab, noch mehr Personen mit Einkommen über 250 000 Franken anzulocken und die Situation weiter zu verschärfen. Dies geschieht, obwohl Zug bereits einen höheren Anteil an Gutverdienenden im Vergleich zum Schweizer Durchschnitt hat (4,4 Prozent in Zug gegenüber 1,5 Prozent national).

Die Mittelschicht wird durch diese Massnahmen nicht entlastet. Betrachten wir eine Familie mit einem Gesamteinkommen von 100 000 Franken und Vermögenswerten im Wert von 300 000 Franken – ein repräsentatives Beispiel für Zugs relativ wohlhabende Mittelschicht. Die Sorgen dieser Familie sind die steigenden Krankenkassenprämien und die spürbaren Auswirkungen der Inflation. Das vorgeschlagene Steuerpaket nimmt diese Anliegen nicht ernst, sondern verschärft sie sogar, da die geringen Einsparungen schnell von weiter

steigenden Mieten aufgezehrt werden. Dieser Steuerwettbewerb heizt nur das Problem an und verschärft die Wohnungsnot.

Wir fordern Wohnraumförderung statt Steuersenkungen

Die Zuger Milliarden könnten besser investiert werden. Beispielsweise in die Wohnraumförderung, denn derzeit werden nur 3 Prozent des Wohnraums im Kanton vom Wohnraumförderungsgesetz begünstigt. Staatsmittel wären allemal vorhanden. Allein in den nächsten 10 Jahren könnten ohne Steuersenkung rund 1,2 Milliarden Franken in bezahlbaren Wohnraum, innovative Kooperationsprojekte und den Übergang zu erneuerbaren Energien investiert werden. Diese Mittel könnten auch die Infrastruktur stärken, lokale Industrien unterstützen und die Verbreitung von Solarenergie fördern. Darüber hinaus könnten intelligente Steuermassnahmen umgesetzt werden, wie beispielsweise Steuervergünstigungen für Personen ohne Verbrennungsmotoren, um einen günstigeren öffentlichen Verkehr zu ermöglichen und die Luftverschmutzung zu bekämpfen.

Zug rangiert derzeit in den meisten globalen Steuerrankings unter den Top 5. Zudem adressieren diese Steuersenkungen nicht die bevorstehenden Probleme. Es ist offensichtlich, dass die Bewältigung der Wohnungsnot einen umfassenden Ansatz erfordert und es ein Ende der blinden Standortförderung braucht. Gemeinsam mit den Gewerkschaften wird die ALG alles daran setzen, dass die Bevölkerung dieses Steuerpaket an der Urne versenkt. ■



Das Dorf Sins im Jahr 1953 (Bild oben) und heute (Bild unten): Die Zuwanderung aus dem Kanton Zug hat Spuren hinterlassen. Bilder: Wikipedia Commons.

Kriege finanzieren

Heinrich Frei und Hansruedi Küttel

14

Eine Grossbank weniger, eine andere Grossbank umso grösser. Wird jetzt munter weiter investiert in Atombomben, Kampffjets und Panzer? Was bleibt übrig für Investitionen im Kampf gegen Hunger?

Die Grossbank UBS zwingt den Credit Suisse-Angestellten nach der Übernahme dieses gescheiterten Geldhauses strenge Regeln auf, was auch die Finanzmarktaufsicht (Finma) begrüsst. Es geht bei diesen Regeln auch darum, in Zukunft ein weiteres Finanzdesaster zu verhindern. 2008 musste bekanntlich auch schon die grösste Bank Helvetiens, die UBS, vom Schweizer Staat mit Milliarden vor dem Zusammenbruch gerettet werden. Inzwischen konnten die staatlichen Garantien und Liquiditätsreserven wieder gekündigt werden, das Geschäft läuft weiter. Ist jetzt alles gut?

in Firmen, die Personenminen, Streubomben, chemische, biologische und nukleare Waffen herstellen. Die internationalen Abkommen zum Verbot von Personenminen, Streumunition, biologischen und chemischen Waffen hat die Schweiz längst unterzeichnet. Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrags, der am 22. Januar 2022 in Kraft getreten ist, wurden aber durch den Bundesrat auf die lange Bank geschoben, obwohl der Vertrag vom Schweizer Parlament unterstützt wird. Bisher haben 92 Staaten den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet.



Keine Investitionen mehr in verbotene Waffen

Auch die Manager der UBS und anderer Institutionen sollten in Zukunft von der Finma, aber auch vom Bundesrat an die Kandare genommen werden, unter anderem bei Investitionen in verbotene Waffen. Das sind Investitionen

Atomwaffen finanzieren verboten

Seit der Revision des Kriegsmaterialgesetzes (KMG) vom 1. Januar 2013 gibt es ein gesetzliches Finanzierungsverbot von verbotenen Waffen. Darunter fallen auch Atomwaffen, welche in Art. 7 Abs. 1 lit. a KMG aufgeführt sind. Trotzdem erscheinen

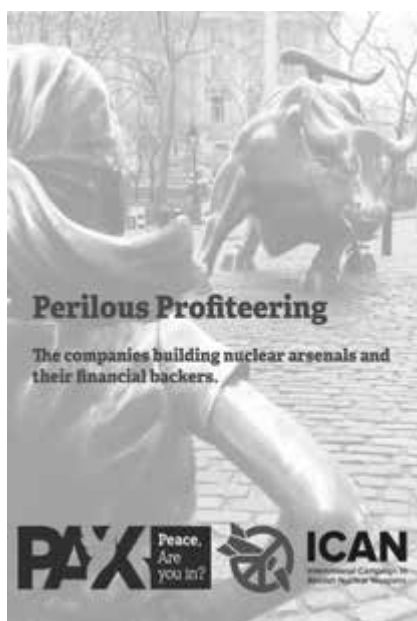
Schweizer Finanzdienstleister auf den Listen der Geldgeber von Produzenten verbotener Waffen.

747 Milliarden Dollar für Atombomben

Laut der Organisation «Don't Bank on the Bomb», verbunden mit ICAN, (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons) waren zwischen Januar 2020 und Juli 2022 747 Milliarden Dollar in 24 Unternehmen investiert, die nukleare Sprengkörper produzieren. 306 Finanzinstitute aus verschiedenen Ländern sind dabei engagiert (USA 541 Milliarden, Grossbritannien 25 Milliarden, China 4 Milliarden, Russland 3 Milliarden). Schweizer Institutionen hatten in dieser Periode 5,6 Milliarden US-Dollar in Firmen platziert, die nukleare Sprengköpfe fabrizieren. Solche Investitionen sind in der Schweiz verboten und müssten also sofort gestoppt werden. Wer macht das? Wie viele Milliarden hatten die Nachbarländer der Schweiz in diesen atomaren Wahnsinn gesteckt? Von Österreich fehlen die Zahlen, Deutschland ist mit 17 Milliarden Dollar dabei, Frankreich mit 6 Milliarden Dollar und Italien mit 7 Milliarden Dollar. Alle wollen mitverdienen.

Geschäfte von Schweizer Geldhäusern in Atomwaffen

Laut dem Report von «Don't Bank on the Bomb» ist auch viel Geld aus der Schweiz dabei: Von Januar 2020 bis Juli 2022 hatte die UBS 2562,2 Millionen US-Dollar in Firmen angelegt, die an der Produktion von nuklearen Sprengkörpern beteiligt sind, die Credit Suisse 2058,6 Millionen, die Schweizerische Nationalbank 64,4 Millionen, EFG International 113,0 Millionen, Pictet 60,7 Millionen, Company Financière Tradition 23,4 Millionen, Oddo BHF 289,8 Millionen und Quaero Capital 0,7 Millionen. Die Zahlen sind jeweils die Summen der in verschiedenen Kategorien (Underwriting, Loans, Shareholding und Bondholding) platzierten Gelder.



treffen, sondern auch das Klima beeinflussen, die Biodiversität empfindlich stören und zu weltweiten Ernteausfällen und Hungersnöten führen.

Investitionen in konventionelle Waffen

Es ist nicht bekannt, wie viele Milliarden Schweizer Institutionen in Firmen angelegt haben, die konventionelles Kriegsmaterial herstellen. Auch solche Geldanlagen müssten in der Schweiz verboten werden, im Land von Henry Dunant, im Depositär-Staat der Genfer Konventionen und dem Sitzland des IKRK.

Geld für Atomwaffen, nicht aber für das Welternährungsprogramm

Im Bericht «Wasted: 2022 Global Nuclear Weapons Spending» zeigt die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, wie viel Geld die neun Atommächte im Jahr des Beginns des grossen Krieges in der Ukraine für ihre Nuklearwaffen ausgegeben haben. Es waren im Jahr 2022 82,9 Milliarden US-Dollar, was einem Anstieg von insgesamt 2,5 Milliarden US-Dollar gegenüber 2021 entspricht. Pro Minute gaben also die neun Atommächte 157000

US-Dollar für äusserst bedrohliche Waffensysteme aus. Das für 2022 bis 2023 geplante Gesamtbudget der FAO, Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, beläuft sich auf 3,25 Milliarden US-Dollar. Das ist über 25-mal weniger als die weltweiten Ausgaben für Atomwaffen.

Im Jahr 2021 konnten mit vielen zusätzlichen Anstrengungen insgesamt 9,6 Milliarden US-Dollar für das Welternährungsprogramm organisiert werden. Der Finanzierungsbedarf hätte aber – angesichts der vielen Menschen, die hungern – mindestens 14,8 Milliarden US-Dollar betragen. ■



Ein Atomkrieg könnte das menschliche Leben auf der Erde auslöschen

In den letzten siebzig Jahren schlitterte die Menschheit mehrmals knapp an einem atomaren Schlagabtausch vorbei, der das menschliche Leben auf der Erde ausgelöscht hätte. Jeder Einsatz von Atombomben würde nicht nur Menschen und ihre Behausungen



Bauwand, Brunnenhof, Zürich.
Foto Heinrich Frei



Verweise und Quellen

- Bundesgesetz über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG) vom 13. Dezember 1996
- Risky Returns, Nuclear weapon producers and their financiers
- Perilous Profiteering: The companies building nuclear arsenals and their financial backers
- Wasted: 2022 Global Nuclear Weapons Spending - ICAN ([icanw.org](https://www.icanw.org))

Geschlossen

Natalie Chiodi

16

Im BULLETIN 4/2022 wurde zuletzt über den Alltag von geflüchteten Menschen in Griechenland berichtet. Seit 2016 berichten wir im BULLETIN über die Situation in Griechenland. Die Situation damals und in den folgenden Jahren hat zur Gründung des kleinen Hilfswerks network ANTHROPIA geführt. Es leistet Nothilfe und Entwicklungszusammenarbeit.

Turbulente Zeiten für network ANTHROPIA! Die Camps, die in Lavrio, etwa eine Stunde südlich von Athen liegen und deren Bewohner*innen network ANTHROPIA betreut hatte, wurden Anfang Juli 2023 von den Behörden geschlossen.

Dazu muss man Folgendes wissen: Camp bedeutet in diesem Fall, dass geflüchtete Menschen in Gebäuden/ Containerlagern der Gemeinde oder des Staates wohnen. Die Gebäude sind oft baufällig und marode, wie auch in diesem Fall. Die Geflüchteten sind geduldet und die Gemeinde bezahlt den Strom- und Wasserverbrauch. Es sind aber keine offiziellen Regie-

Griechenland ausgeübt hat. Begründet wurde die Schliessung mit dem maroden Zustand der Gebäude. Doch der politische Druck der Türkei wird wohl auch eine Rolle gespielt haben. In einem zweiten, kleineren Camp leben vorwiegend Menschen aus Afghanistan. Auch sie sind schon seit vielen Jahren in Lavrio. Auch dieses Gebäude wurde geräumt. Einer jungen Witwe mit ihren beiden Kindern haben wir zwei Zimmer im Weiterbildungszentrum von network ANTHROPIA (siehe weiter unten) angeboten, sie ist sehr glücklich darüber. Ein Afghane, der uns neben seiner Arbeit so oft wie möglich hilft, kann vorübergehend



Das Camp, in welchem mehrheitlich Kurd*innen wohnten, zeitweise bis zu 600 Personen.

rungscamps. In diesem Fall wohnen in einem Camp fast ausschliesslich Kurd*innen. Und damit erhält das Ganze auch eine politische Dimension. Die mehrheitlich von Kurd*innen bewohnten Häuser waren Erdogan schon lange ein Dorn im Auge. Man nimmt an, dass die Türkei Druck auf

an seinem Arbeitsplatz leben, wir suchen eine kleine Bleibe für ihn. Die anderen jüngeren Männer aus Afghanistan erhalten unsere Hilfe, wenn sie sie brauchen. Sie sind sehr selbständig. Die älteren Menschen aus diesem Camp werden durch die Sozialbehörde der Gemeinde betreut.

Ein befreundeter Grieche hilft ihnen bei Behördengängen. In alle Fälle sind wir involviert.

Vorbereitung

Kurz vor der Schliessung wurde die Präsidentin von network ANTHROPIA persönlich kontaktiert und es wurde zugesichert, dass alle Familien, die wollten, nach Malakasa (Malakasa ist ein offizielles Regierungscamp) gehen können. Man wolle bloss wissen, wie viele Familien mit wie vielen Kindern kommen würden, um die Wohneinheiten bereitzustellen. Die Familien wurden durch network ANTHROPIA informiert. Auf diese Weise wollte man es den Familien ermöglichen, ohne Räumungsaktion durch die Polizei mit persönlicher Begleitung durch network ANTHROPIA umzuziehen. Nicht alle Familien haben das Angebot angenommen. Bei einigen schien es, dass sie sich instrumentalisieren liessen, damit die Räumung in den sozialen Medien ausgeschlachtet werden konnte.

Räumung

Somit waren bei der Räumungsaktion auch noch Kinder anwesend. Die Räumung ist soweit korrekt verlaufen, network ANTHROPIA war dabei. In der Presse hiess es, es seien Hunderte (!!!) von Polizisten um zwei Uhr morgens in die Zimmer eingedrungen (es war fünf Uhr), sie hätten die Türen mit Füessen eingetreten (sie haben angeklopft). Das zirkuliert so auch auf Facebook. Wir nennen das Falschinformation.

Wir sind traurig über den Wegzug der Menschen, um deren Wohlergehen wir uns seit vielen Jahren intensiv gekümmert haben. Die meisten Bewohner*innen wurden nach Oinofyta gebracht, ein Regierungscamp in der Nähe von Malakasa. Fünf Familien hatten sich schon im April entschlossen, ins Malakasa-Regierungscamp zu gehen. Sie wurden von Mitarbeiter*innen des Ministeriums hingefahren. Wir stehen in



Breakdance als Sommerattraktion. Die Kinder liessen sich begeistern.



Spas muss sein.

engem Kontakt mit den Familien und mit einer freiwilligen HelferIn, die seit sieben Jahren mitarbeitet. Malakasa wurde aufgerüstet und hat nichts mehr mit dem zu tun, was wir da vor zwei Jahren gesehen haben. Die Menschen sind ordentlich untergebracht, haben medizinische Versorgung, die Kinder werden betreut und die Mütter ebenfalls. Unsere kurdischen Familien sind den Umständen entsprechend zufrieden.

Jene Familien, die sich in den Tagen vor der Räumungsaktion entschieden hatten, das Angebot des Ministeriums anzunehmen, wurden durch network ANTHROPIA abgeholt und hingefahren. Der Empfang in Malakasa war sehr persönlich und liebevoll, mit drei Sozialarbeiterinnen. Zwei Container wurden vorbereitet, mit zwei Zimmern, Küche und Bad, und wir durften sogar ins Regierungscamp fahren und mit Einrichten helfen.

Wir stehen in engem Kontakt mit den Familien in Malakasa und Oinofyta.

Wir versuchen, sie punktuell für Tagesausflüge abzuholen, und wir versorgen sie wenn nötig. Leyla mit Familie (die Kinder sind in Lavrio schon integriert und der Mann hat eine gute Arbeit) versuchen wir rauszuholen und in einer Wohnung unterzubringen.

Entwicklungszusammenarbeit

Die Schliessung der Camps hat Folgen für network ANTHROPIA. Das Weiterbildungszentrum von network ANTHROPIA (eine umfunktionierte Wohnung) für Frauen und Kinder wird nur noch mit punktuellen Angeboten weiterbestehen. Es bleiben noch zwei intakte Familien vor Ort. Vorerst werden diese Räumlichkeiten noch nicht gekündigt, um die Situation in aller Ruhe zu analysieren und beobachten. Eventuell könnte die Wohnung als Ort für Geflüchtete dienen.

Sommerprogramm

network ANTHROPIA ist mittlerweile bekannt dafür, dass es während den dreimonatigen Sommerferien für eine bis drei Wochen ein Sommerprogramm auf die Beine stellt. Das Ziel ist immer, die Kinder zu animieren und ihnen in ihrem Alltag etwas Ablenkung zu bieten. In den letzten drei Jahren waren jeweils Bewegungs- und Clownpädagog*innen vor Ort, in diesem Jahr ist ein Geschwisterpaar aus der Schweiz nach Lavrio gereist. Die beiden stellten u.a. ein Programm zum Erlernen von Breakdance zusammen. Es fand ein Morgenkurs statt, für den sich die Kinder einschreiben mussten. Der Abendkurs war offen für alle und mitten in Lavrio, damit auch griechische Kinder teilnehmen konnten. Das erarbeitete Programm wurde dann am Samstagmorgen vor Publikum gezeigt. ■

Geflüchtete in Griechenland

Seit Beginn des Konfliktes in Syrien im Jahr 2011 war Griechenland mit stark steigenden Grenzübertritten von Flüchtlingen konfrontiert. Griechenland wurde zu einem der grössten Einsätze des UNHCR in Europa. Grosse internationale Aufmerksamkeit bekam die Situation in Griechenland, als im September 2020 das Flüchtlingscamp Moria auf der Insel Lesbos abbrannte, 12 000 Menschen über Nacht ihre Unterkünfte verloren und in kürzester Zeit ein neues Flüchtlingslager errichtet werden musste.

Seitdem hat sich einiges verändert: Tausende Flüchtlinge wurden von Lesbos auf das griechische Festland gebracht. Viele strandeten in Flüchtlingscamps in und um Athen oder Thessaloniki, die sich zu neuen Hotspots entwickelten. Ende April 2023 lebten rund 5200 Flüchtlinge auf allen griechischen Inseln.

Während die Zahl der Neuankömmlinge 2019 und 2020 vor allem während der Coronapandemie immer weiter sank, ist sie 2022 wieder auf rund 18800 Neuankömmlinge in Griechenland gestiegen. Die meisten Geflüchteten kamen aus Afghanistan und Syrien. In Griechenland sind 2023 rund 92600 Flüchtlinge, Asylsuchende und andere «people of concern», Menschen, die ebenfalls unter das UNHCR-Mandat fallen, registriert. Die Flüchtlinge kommen vor allem aus der Ukraine, Syrien und Afghanistan.

www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/griechenland

Network ANTHROPIA

Network ANTHROPIA ist auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Danke!
CHF Postfinance, Kt. 61-974295-5, IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5
EURO Postfinance, Kt. 91-414252-2, IBAN CH42 0900 0000 9141 4252 2

Grün gegründet 2

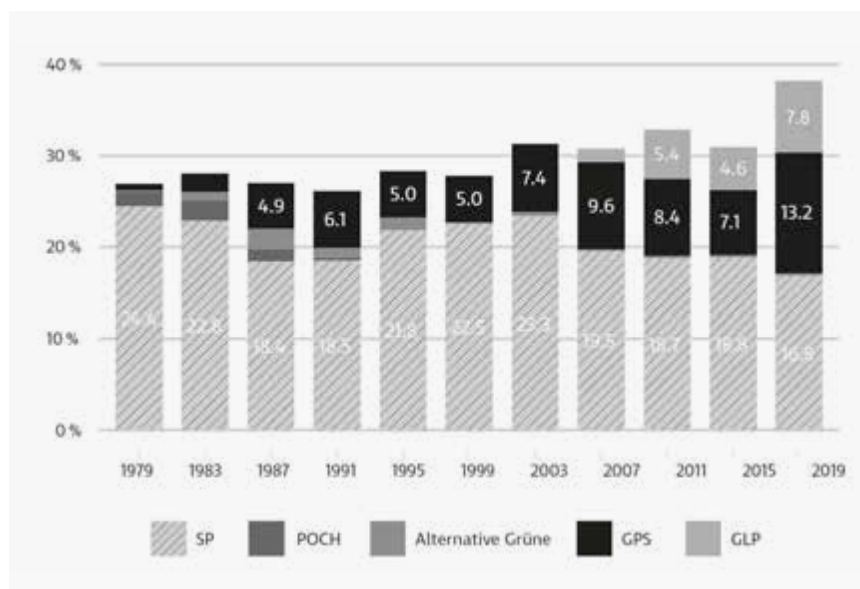
Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN

18

Die Grüne Partei der Schweiz feiert dieses Jahr den 40. Geburtstag. Darum liest die Redaktion das Buch, das zu diesem Anlass erschienen ist. Darin beschäftigt sich Werner Seitz mit der Geschichte der Grünen. In der letzten BULLETIN-Ausgabe haben wir die Zeit zwischen 1970 und 1990 – der Gründung und Konsolidierung der Partei – beschrieben, in diesem Artikel fassen wir die Zeit bis 2000 zusammen. In der nächsten Nummer schliessen wir die Serie ab.

Im Vorfeld der Nationalratswahlen im Herbst 1991 präsentierte die Grüne Partei der Schweiz (GPS) Vorschläge, welche die Delegierten im Frühling verabschiedet hatten. Sie betrafen die Politikfelder Gleichstellung, Wirtschaft und Finanzen sowie Sicherheit und Soziales. Anders als

Bei den Nationalratswahlen 1991 konnte die GPS nochmals zulegen: Sie steigerte ihren Stimmenanteil um 1,2 Prozentpunkte auf 6,1 Prozent und ihre Mandatszahl um 5 auf 14 (siehe Tabelle der Parteistärken von 1979 – 2019 der rotgrünen Parteien und der GLP). Als erste Fraktion



bei den Wahlen 1987 zeigte sich die GPS damit als eine «vielfältig kompetente Partei, die über ihr Image einer Einthemenpartei hinausgekommen» war. Dies unterstrich sie in der Folge immer wieder mit ihren Positionspapieren zu verschiedenen Themen, wie z.B. zur Europa- und Drogenpolitik (1992), zur Wirtschaftspolitik und der ökologischen Steuerreform (1994) oder zur Sozialpolitik und zum existenzsichernden Grundeinkommen (1997).

stellte die GPS eine Frauenmehrheit. (Die Frauenvertretung bei den Grünen wird in einem der nächsten Artikel des BULLETINS ausführlicher betrachtet). Während die SP bei 18,5 Prozent Stimmenanteil und 41 Mandaten stagnierte, erreichten die verbliebenen grünalternativen Gruppen mit 1,5 Prozent weniger als die Hälfte ihrer früheren Parteistärke. Sie waren bei den Nationalratswahlen 1991 unter der Bezeichnung «Die Andere Schweiz» (DACH) angetreten.

In Zürich holten sie mit Christine Goll von der feministischen Frauenliste (FraP!) ein Mandat.

Grüne im Gegenwind

Aufsehen erregte die Parolenfassung der Grünen zur Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Am Parteitag vom November 1992 sprachen sich die Delegierten mit 82 zu 30 Stimmen deutlich gegen einen Beitritt aus, wobei es vor allem die Deutschschweizer Grünen waren, die dem EWR ablehnend gegenüberstanden. Sie befürchteten negative ökologische Konsequenzen und den Verlust demokratischer Mitbestimmungsrechte. Die Grünen der Romandie dagegen sprachen sich grossmehrheitlich für einen Beitritt aus und gaben auf Kantonsebene (FR, VD, NE, GE) die Ja-Parole aus. Die EWR-Vorlage scheiterte am 6. Dezember 1992 knapp mit 49,7 Prozent Ja-Stimmen. Die französischsprachigen Kantone und die beiden Basel hatten sich deutlich für den EWR ausgesprochen, die deutsch- und italienischsprachige Schweiz ebenso klar dagegen. Das EWR-Nein verhalf der SVP zum wohl grössten Triumph ihrer Geschichte und die Grünen mussten sich den Vorwurf gefallen lassen, Steigbügelhalter der SVP gewesen zu sein. Nach der Ablehnung des Beitritts der Schweiz zum EWR distanzierten sich die Grünen jedoch vom rechtspopulistischen Lager und forderten den Bundesrat auf, Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Gemeinschaft aufzunehmen. Dies wurde als «Slalompolitik» bezeichnet. In diese für die Grünen schwierige Zeit platzte ein provokativer Artikel des damaligen SP-Präsidenten Peter Bodenmann und des SP-Generalsekretärs André Daguët in der SP-Zeitschrift «Rote Revue». Sie sprachen darin den Grünen ihre Existenzberechtigung ab: «Parteipolitisch gibt es links als Machtfaktor nur mehr die SP.»



Der erste «alternative» Regierungsrat des Kantons Zug, Hanspeter Uster, im Gespräch mit dem ersten «alternativen» Nationalrat, Jo Lang. Erst im Jahr 2009 traten die Zuger «Alternativen» den Grünen Schweiz bei. Rechts der ehemalige grüne Parteipräsident, Ueli Leuenberger.

Verlustreiche Jahre

Die Wahlen der 1990er Jahre waren – vor dem Hintergrund der Themenkonjunktur der Europa- und Sozialpolitik – vom massiven Vormarsch der SVP und von Stimmengewinnen der SP geprägt. Letztere steigerte sich bei den Nationalratswahlen 1995 um 3,3 Prozentpunkte und avancierte mit einer Stärke von 21,8 Prozent zur stärksten Partei im Nationalrat. Auch bei den Nationalratswahlen 1999 legte die SVP – vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise (Kosovo-Krieg) – nochmals zu. Die Verliererinnen waren auf der einen Seite die FDP, die CVP und die kleinen Rechtsparteien, auf der anderen Seite die Grünen. Die Ergebnisse der kantonalen Wahlen ab 1991 hatten es bereits angedeutet, dass der Siegeszug der Grünen ins Stocken kam. Bei den Nationalratswahlen 1995 sank die gesamtschweizerische Parteistärke der GPS um 1,1

Prozentpunkte auf 5 Prozent und ihre Mandatszahl halbierte sich beinahe (von 14 auf 8). Dabei hatte sich die GPS im Vorfeld der Wahlen noch mit einem programmatischen Vorschlag einer ökologischen Wirtschafts- und Steuerreform zu profilieren versucht. Sie präsentierte sich moderater als früher, verzichtete auf ihre bisherige grundsätzliche Kritik am Wirtschaftswachstum und meldete gar Regierungsambitionen und Interesse an einer Mitte-links-Koalition an. Nach den Nationalratswahlen 1995 vermochte sich die GPS bei den kantonalen Parlamentswahlen wieder etwas aufzufangen und bei den Nationalratswahlen 1999 stabilisierte sie sich (5 Prozent Parteistärke, 8 Mandate). Dramatisch war dagegen in den 1990er Jahren die Situation für die alternativen Grünen: Bei den Nationalratswahlen 1999 erreichten sie nur noch eine nationale Parteistärke von

0,3 Prozent. Nachdem das Zürcher Mandat durch den Übertritt von Christine Goll zur SP für die Alternativen verloren gegangen war, verfügten die alternativen Grünen einzig noch in Bern mit Franziska Teuscher (Grünes Bündnis) über eine Vertretung im Nationalrat. Die Verluste der Grünen wären in den 1990er Jahren noch stärker ausgefallen, wenn nicht mehrere Gruppierungen der GPS beigetreten wären: die beiden Grünen Bündnisse von Luzern und St. Gallen, die Grünen Baselland, die Grünen Baselbiet und die Grüne Partei Basel-Stadt sowie die Grünen Solothurn, das «Mouvement écologiste jurassien» und die Ökoliberale Bewegung Schaffhausen. Mit dem Beitritt dieser alternativen Grünen zur GPS fand zwischen den beiden grünen Formationen eine entscheidende Flurbereinigung statt. Während die GPS 1999 bereits in 18 Kantonen vertreten war, hatte das alternative «Grüne

Bündnis Schweiz» nur noch in Bern (Grünes Bündnis), Zug (Sozialistisch Grüne Alternative) und in Basel-Stadt (Basta!) eine gewisse Bedeutung. Die linksgrüne POCH war mittlerweile gänzlich verschwunden bzw. in Basel in den alternativen Grünen aufgegangen (BastA!).

Gegensatz bei Kantonsregierungen

Gewissermassen antizyklisch zu den Verlusten der Grünen bei den Parlamentswahlen in den 1990er Jahren waren die Mandatsgewinne in den kantonalen (und auch kommunalen) Exekutiven. 1994 holten die Grünen mit Philippe Biéler im Kanton Waadt ein Regierungsmandat, das erste nach den grünen Mandaten in der Berner Kantonsregierung (1986–1990). 1995 nahm Verena Diener in die Zürcher Kantonsregierung Einsitz und 1997 Robert Cramer in diejenige von Genf. 1999 schliesslich holte die ökolibérale Bewegung Schaffhausen mit Herbert Bühl das vierte grüne Regierungsmandat der 1990er Jahre. Den Grünen nahestehende Parteien gewannen zwei Regierungsmandate: 1991 wurde der Alternative Hanspeter Uster in die Zuger Kantonsregierung gewählt, 1998 Leo Odermatt vom Demokratischen Nidwalden in die Nidwaldner Kantonsregierung. Beide Parteien traten 2009 bzw. 2005 der GPS bei.

Zusammenschluss

Der Beitritt der alternativen Grünen zur GPS führte nicht nur zu einer zahlenmässigen Vergrösserung, sondern auch zu einer thematischen Verbreiterung und einer Verschiebung der GPS «von einer eher bürgerlich-grünen zu einer eher links-grünen Organisation». Dies zeigte sich etwa bei der verstärkten Hinwendung der Grünen zu sozialpolitischen Themen oder bei ihrer zunehmend positiven Positionierung gegenüber der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA). Bei der Parolenfassung zur Volksabstimmung über die Abschaffung der Armee (1989) hatte sich die GPS, die

sich in ihren ersten programmatischen Dokumenten noch zur Landesverteidigung bekannte, zurückgehalten. Ab den 1990er Jahren näherte sie sich der GSoA an und lancierte bald mit ihr zusammen Volksinitiativen und ergriff Referenden.

Interne Konflikte

Dabei kam es zu Spannungen. 1994 spaltete sich in Basel-Landschaft eine Minderheit von den Grünen Baselbiet ab und gründete die «Freie Grüne Liste», welche ebenfalls Mitglied der GPS wurde. 1997 sistierte die Zürcher Regierungsrätin Verena Diener ihre Parteimitgliedschaft bei der Kantonalpartei, «um die Frage über Zustand und Stil der Zürcher Sektion aufzuwerfen». Als der Aargauer Nationalrat Hanspeter Thür 1997 nach zwei Jahren seinen Rücktritt als Parteipräsident bekannt gab, brach innerhalb der Grünen ein Konflikt um die politische Ausrichtung der Partei aus. Exponent:innen der Zürcher Kantonalpartei warfen der «Realo-Fraktion» um die nationalen Parlamentsmitglieder vor, diese sei nur noch die «etwas neoliberalere und konservativere Variante der Sozialdemokratie». Mit der Wahl des Berner Nationalrats Ruedi Baumann zum neuen Präsidenten wurde auf Kontinuität der pragmatischen Politik gesetzt. Baumann forcierte eine bauern- und umweltverträgliche Landwirtschaftspolitik und verfolgte einen proeuropäischen Kurs.

Erste Referenden und Initiativen

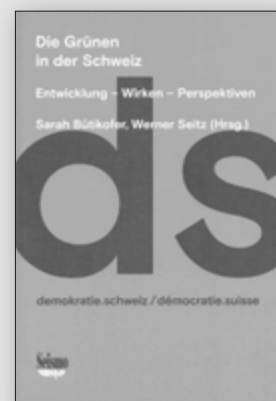
Die 1990er Jahre waren das Jahrzehnt, in dem die GPS begann, vermehrt von den Instrumenten der direkten Demokratie Gebrauch zu machen und sich mit ihnen zu profilieren. Dabei hatte sie vorerst keine glückliche Hand. So erregte es allgemein Verwunderung, dass die GPS im Herbst 1991 das Referendum gegen das Projekt der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) ergriff, waren die Grünen doch vehemente Verfechter:innen

des öffentlichen Verkehrs. Die GPS lehnte die NEAT jedoch als «Inbegriff eines zerstörerischen Wirtschaftswachstums» ab. Die GPS plädierte für eine Reduktion des gesamten Verkehrsaufkommens und für die Einführung einer Schwerverkehrsabgabe. Das Referendum scheiterte am 27. September 1992. 64 Prozent der Stimmenden stimmten der NEAT zu. Im November 1994 lancierten die Grünen – als Reaktion auf die Erhöhung des Frauenrentenalters im Rahmen der 10. AHV-Revision – ihre erste eidgenössische Volksinitiative, und zwar gleich im Doppelpack. Neben der Initiative «Für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» sammelten sie Unterschriften für die Volksinitiative «Für eine gesicherte AHV – Energie statt Arbeit besteuern!». Letztere visierte den ökologischen und sozialen Umbau des Steuersystems an: Es sollte die Arbeitsbesteuerung reduziert und eine Energiesteuer eingeführt werden. Im Mai 1996 wurden die Unterschriften für diese beiden Volksinitiativen eingereicht. ■

Die Grünen in der Schweiz

Entwicklung – Wirken – Perspektiven

von Sarah Bütikofer, Werner Seitz (Hrsg.)



Verlag Seismo CHF 30.–

Das Wahlsystem

Redaktion BULLETIN

Majorz, Proporz, Listen, Unterlisten, verbundene Listen, panaschieren, kumulieren, alles klar?

Aus Sicht einer Partei oder politischen Gruppierung geht es darum, möglichst viele Stimmen für die eigenen Kandidat*innen zu erzielen. Dabei ist das Vorgehen bzw. die Strategie unterschiedlich, je nach geltendem Wahlsystem.

Majorzsystem

Bei den anstehenden eidgenössischen Wahlen sind die Ständeratswahlen Majorzwahlen, also Mehrheitswahlen. Jene Kandidierenden, die am meisten Stimmen erzielen, erhalten die Mandate zugesprochen. Im Ständerat sind alle Kantone mit zwei Personen vertreten – Halbkantone mit je einer Person. Zug hat also zwei Sitze zu besetzen.

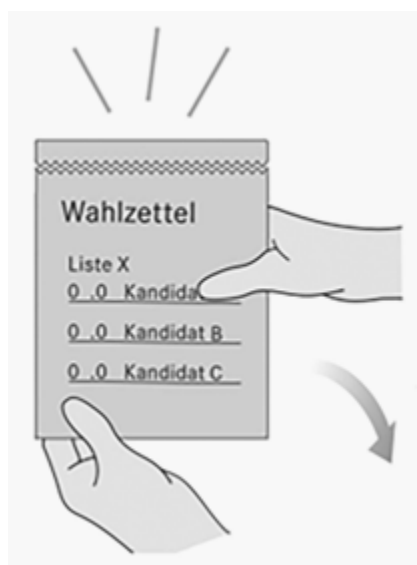
Proporzwahlsystem

Die Nationalratswahlen sind Proporzwahlen. Den Kantonen werden im Verhältnis zu ihrer Wohnbevölkerung eine entsprechende Anzahl Sitze zugeteilt – der Kanton Zug hat bekanntlich drei Sitze. Bei der Proporzwahl werden nicht Personen im absoluten Mehr gewählt, sondern es werden Interessenvertretungen bestimmt. Diese Interessenvertretungen oder Parteien haben im Vorfeld «Listen» mit einer Anzahl Kandidierenden eingereicht. Massgebend für die Sitzzuteilung ist die Anzahl der für die entsprechende Partei oder Gruppierung abgegebenen Listenstimmen.

Listen, Unterlisten, verbundene Listen

Auf einer Liste dürfen höchstens so viele Kandidierende aufgeführt sein, wie für den Wahlkreis (Kanton) zu wählen sind. Damit Parteien und Gruppierungen einen grösseren Kreis von Wählenden ansprechen können, reichen sie auch «Unterlisten» ein, welche denselben Parteinamen mit einem Zusatz (nach Geschlecht, Alter

oder Zugehörigkeit zu den Flügeln einer Partei) tragen. So können Wählende betonen, dass sie zwar die Partei unterstützen, ihre Stimme jedoch einer anderen Kandidat*in geben möchten. «Listenverbindungen» sind Vereinbarungen zwischen Parteien, die ihre Stimmkraft miteinander bündeln wollen. Die gesamten Stimmen von Haupt- und Unterlisten sowie verbundenen Listen dienen der Partei als Parteistimmen. Die Anzahl der Parteistimmen ist entscheidend für die Verteilung der verfügbaren Nationalratssitze. Zur Feststellung des Wahlergebnisses werden anhand der gültigen Parteistimmen die verschiedenen Mandate im Verhältnis zu den Listen (und dann innerhalb der Listenverbindungen) zugeteilt – gewählt ist dann die Kandidatur mit den meisten Personenstimmen innerhalb der Liste.



Kumulieren, panaschieren

Stimmberechtigte können den Wahlzettel ihrer gewünschten Liste unverändert verwenden oder anpassen. Es können Personen gestrichen und eine

andere Person dafür zweimal (nur zweimal!) hingeschrieben werden (kumulieren), oder es können Personen von anderen Listen hinzugefügt werden (panaschieren). Beim Panaschieren gilt es darauf zu achten, dass man aus Listen wählt, welche miteinander verbunden sind (Listen- oder Unterlistenverbindungen) – sonst gibt man allenfalls verschiedenen Interessengruppen seine Stimme.

Die Hauptsache

Vor lauter Majorz, Proporz, Listen, Unterlisten, verbundene Listen, und mehr: An den Wahlen teilnehmen ist die Hauptsache!

Empfehlung der Redaktion: Idealerweise werfen Sie eine unveränderte Liste der Alternativen – die Grünen (oder deren Listen oder Unterlistenverbindungen) ein. Damit unterstützen Sie die Ziele der ALG am effektivsten. ■

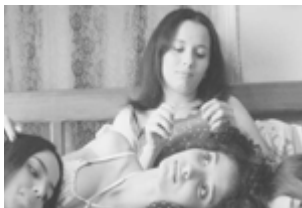


22

LES FILLES D'OLFA

Montag, 9. Oktober
20 Uhr
Kino Gotthard

Im Rahmen der IM GOTTHARD UM DIE WELT-Reihe: Olfa lebt in Tunesien und ist Mutter von vier Töchtern. Sie versucht, ihre Töchter so zu erziehen, wie es ihrer Meinung nach das kulturelle Umfeld gebietet. Dabei ist sie nicht zimperlich. Doch zwei der Töchter rebellieren und setzen sich in den 2010er-Jahren zum IS nach Libyen ab. Die Geschichte sorgte in Tunesien für Schlagzeilen. Um sie filmisch umzusetzen, musste die Regisseurin, Kaouther Ben Hania, für die Mutter und die verschwundenen Töchter Schauspielerinnen engagieren. Durch die so entstandene Verbindung von Dokumentar- und Spielfilm wird ein spannender Einblick in das Familienleben sowie die tunesische Gesellschaft dieser Zeit gewährt. Nach dem Film Saalgespräch mit Margrit Tröhler, Filmwissenschafterin.

**IHR KÖNNT JETZT GEHEN**

Montag, 6. November
20 Uhr
Kino Gotthard

Führt eine Pensionierung in die Freiheit oder zu einer grossen Leere? Eine Antwort hierauf sucht der frisch gebackene «Papierli-Pensionär» auf einem 1300 km langen Fussmarsch von der Schweiz bis nach Sylt. Schlafsack, Zelt, Kamera und ein weiterer Frischpensionär begleiten ihn auf diesem Weg. Spannungen zwischen den beiden völlig unterschiedlichen Charakteren und spontane Begegnungen mit fremden Menschen offenbaren menschliche Bedürfnisse und zeigen Wege auf, mit diesem grossen Menschheitsthema westlicher Kulturen umzugehen: Dem Loslösungsprozess von einem Leben, welches jahrzehntelang Sinn und Inhalt gab. Regisseur Hanspeter Bäni ist anwesend für Q&A nach dem Film.



Elke Mangelsdorff, FLIZ,
FilmLiebhaberInnen Zug



Samstag, 16. September 2023
Sponsorenlauf Nationale Wahlen 2023

Ab 15 Uhr am See Zug,
Rössliwiese

Samstag, 23. September 2023

Tour de Vélo mit Manuela

9 Uhr Steinhausen, 11 Uhr Baar, 15 Uhr Zug
Treffpunkt via 079 456 65 71 anfragen

Samstag, 30. September 2023

Nationale Klimademo

Ab 14 Uhr Bollwerk Bern

Sonntag, 1. Oktober 2023

Polit-Walk mit Tieren

14.10 Uhr von Busstation Baar Bachtalerhöhe nach Waldweiher Steinhausen
Picknick selber mitbringen,
Rückkehr ca. 16.30 Uhr

Mittwoch, 4. Oktober 2023

Alternative Monatsbar

Sessionsrückblick mit Nationalrätin Manuela
Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

Samstag, 7. Oktober 2023

Tour de Vélo mit Manuela

9 Uhr Rotkreuz, 11 Uhr Hünenberg, 15 Uhr Cham
Treffpunkt via 079 456 65 71 anfragen

Sonntag, 22. Oktober 2023

Nationale Wahlen

Wahlfeier Siehbachsaal

Mittwoch, 1. November 2023

Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

Mittwoch, 6. Dezember 2023
Alternative Monatsbar

Im Siehbachsaal Zug
Ab 18.15 Uhr gute Gespräche
und feines Essen

**Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch**



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
+41 79 519 81 91
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Alternative – die Grünen Baar

André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham

Anne Hänel und Frederic Moeri
mail@alternative-cham.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
roellin.ph@blueemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz

Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-risshotkreuz.ch

Grüne Steinhausen

6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Beat Ryser
beatryser@yahoo.com

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug

Malena Raud & Linus Heim
Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz

gruene.ch



Facebook

fb.com/AlternativeZug



Twitter

@AlternativeZG



Instagram

@alternativegruene



WhatsApp-Newsletter

Sende deinen Namen per
WhatsApp an 079 519 81 91



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autor*innen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 3, Sept. 2023

Erscheint viermal jährlich

Herausgeber:

Verein DAS BULLETIN

Adresse:

BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:

Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Hansruedi Küttel

Kontakt:

bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:

Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:

S.H.E.D. GmbH

Produktion:

Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, dmg.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 630 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
Kleinverdiener*innen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Jungen Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:

Verein DAS BULLETIN
6304 Zug
CH94 0900 0000 6003 0584 6

Redaktionsschluss

Nr. 4/2023:

Freitag, 17. November 2023

Erscheinungsdatum

Samstag, 9. Dezember 2023

DAS BULLETIN

gruene-zug.ch/publikationen/bulletin



P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

